



öffentlich

Betreff:

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Erstellungsdatum 11.10.2002

Eingang 02:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
06.11.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Bundesregierung auf, die in Aussicht gestellte Ansiedlung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit am Standort Potsdam zu vollziehen und damit dem Beschluss der Föderalismuskommission des Deutschen Bundestages von 1992, neu einzurichtende Bundesbehörden in den neuen Bundesländern anzusiedeln, zu entsprechen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Bemühungen der Stadt Potsdam um die Ansiedlung des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensüberwachung auch unter Berufung auf den o.g. Beschluss von 1992 wurden offenbar von zuständigen Bundesministerien nicht hinreichend zur Kenntnis genommen. Anders ist die Entscheidung, diese Bundesbehörde in Braunschweig – also in einem der alten Bundesländer – zu etablieren, nicht zu erklären.

Mit diesem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sollen die Anstrengungen des amtierenden Oberbürgermeisters und des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg unterstützt werden, gegen die getroffene Standortentscheidung zu intervenieren und eine Revidierung der Entscheidung zugunsten des Standortes Potsdam zu erreichen.